



Verkehrsausschuss

43. Sitzung (öffentlich)

19. August 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Radweg entlang der A 52 und der Ruhrtalbrücke 5

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8410

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10634

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 17/2424
Stellungnahme 17/2426
Stellungnahme 17/2493
Stellungnahme 17/2532
Stellungnahme 17/2602

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion an.

Sodann nimmt der Ausschuss den so geänderten Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

**2 „Sofortprogramm Klimaschutz in Landesverwaltung und Kommunen“
jetzt auf den Weg bringen: Für Wachstum, Beschäftigung und Umwelt**

8

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9349

schriftliche Anhörung des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
Stellungnahme 17/2862
Stellungnahme 17/2869
Stellungnahme 17/2876
Stellungnahme 17/2877
Stellungnahme 17/2880
Stellungnahme 17/2883
Stellungnahme 17/2890
Stellungnahme 17/2902

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

3 Freispruch für den Diesel – Die Corona-Pandemie offenbart eklatante Fehler bei der Beurteilung der Schadstoffbelastung durch Stickstoffdioxid 11

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9804

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

4 „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrssteuer abschaffen 15

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9042

schriftliche Stellungnahme des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
Stellungnahme 17/2854
Stellungnahme 17/2855
Stellungnahme 17/2861
Stellungnahme 17/2865

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

5 Entwicklung des Azubitickets seit Einführung im August 2019 (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 16

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3687

– Wortbeiträge

6 Aktuelle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung guter Mobilität in der Corona-Krise *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3715

– Wortbeiträge

7 Verschiedenes **19**

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Radweg entlang der A 52 und der Ruhrtalbrücke

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8410

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10634

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 17/2424
Stellungnahme 17/2426
Stellungnahme 17/2493
Stellungnahme 17/2532
Stellungnahme 17/2602

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Antrag wurde am 22.01.2020 einstimmig an den Verkehrsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.)

Arndt Klocke (GRÜNE) bedauert, dass es nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sei, zumal die Zielsetzungen seiner Fraktion und der Koalitionsfraktionen nahe beieinanderlägen; so halte auch er den Neubau der Brücke an sich für notwendig.

Klaus Vossemer (CDU) stellt klar, den Radweg könne man nur zusammen mit dem Mitte der 20er-Jahre anstehenden Neubau, nicht aber an der sanierungsbedürftigen Ruhrtalbrücke realisieren. Dem Ausbau der A52 zwischen dem Kreuz Breitscheid und Essen komme sowohl mit Blick auf den Pkw-Individualverkehr als auch den zukünftigen Radverkehr eine besondere Bedeutung zu.

Insbesondere nach den positiven Rückmeldungen der Anliegerkommunen hege er zwar keine Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Radwegs, sodass seine Fraktion ihn in dieser und auch in der nächsten Legislaturperiode unterstützen werde; gleichwohl müsse das Verfahren über eine Machbarkeitsstudie eingehalten werden, worauf der Änderungsantrag hinweise.

Abschließend stellt er fest, Schwarz-Gelb gebe so viel Geld für den Radwegebau wie noch nie aus und diskutiere sehr intensiv, aber zielführend über das Fahrradgesetz. Insofern müsse man auch dieses wichtige Einzelprojekt in den weitergehenden Gesamtkontext stellen, um den Radverkehr in Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

Bodo Middeldorf (FDP) unterstreicht, auch seine Fraktion halte die Prüfung der Machbarkeit, der Kosten und vor allem der Nutzungspotenziale eines Radwegs entlang der A52 für sehr sinnvoll. Die Ruhrtalbrücke müsse neu gebaut und könne nur in diesem Zuge sinnvoll um einen Radweg erweitert werden. Vor diesem Hintergrund stelle der Radweg eine Bereicherung des Radwegenetzes in Nordrhein-Westfalen dar.

Nicht hingegen fordere der Änderungsantrag, dass sich der Radweg in das überregionale Radwegenetz der angrenzenden Städte einfügen müsse, sondern bitte die Landesregierung vielmehr, entsprechende Gespräche zu führen; gehe man doch davon aus, dass dieser überregionale Radweg entlang der A52 schon an das Radwegenetz der Städte angebunden werde.

Nic Peter Vogel (AfD) hält es mit Blick auf die Schadstoffaufnahme insbesondere durch einen sportlich aktivierten Körper generell nicht für sinnvoll, fahrradfahrende Berufspendler entlang von Hauptverkehrsstraßen zu führen anstatt über Nebenwege.

Zudem könne er den Bedarf für diesen Radweg nicht erkennen, der im Nirgendwo enden werde. Insofern dürfte die Kosten-Nutzen-Analyse wohl negativ ausfallen.

Auch könne man nicht blind überall 4 m breite Radwege neben einem Fußgängerweg fordern. In der Eifel beispielsweise begegne man über längere Strecken keinem Fahrradfahrer, sodass man hier keine 4 m breiten Radwege brauche. Zwischen Essen, Ratingen und Düsseldorf gebe es außerdem schon Radwege, wobei sich auf 3,4 km der L441 eine sehr heikle Situation für Fahrradfahrer auftue, sodass er sich dafür ausspricht, den Fußweg hier moderat um die Radverkehrsnutzung auszubauen.

Carsten Löcker (SPD) begrüßt den Antrag der Grünen, zumal bis auf die AfD-Fraktion fraktionsübergreifend Einigkeit über die Notwendigkeit des Radwegs bestehe, weshalb er es sehr bedaure, dass ein gemeinsamer Antrag nicht möglich sei. Der „Lobhudelei“ des Änderungsantrages hingegen könne seine Fraktion selbstverständlich nicht zustimmen, denn der Beweis dafür, dass Schwarz-Gelb die großen Macher überregionaler Radwege darstellten, müsse erst noch angetreten werden. Ein Antrag allein reiche dafür gewiss nicht aus.

Arndt Klocke (GRÜNE) zeigt auf, seine Fraktion habe nach Prüfung des Montagnachmittag übermittelten Textentwurfs von CDU und FDP einen modifizierten Text zurückgeschickt. Er hege keinen Zweifel an der Notwendigkeit des Neubaus der Ruhrtalbrücke, sondern nur an der Erweiterung auf sechs Spuren. Auch sei es mit Blick auf einen gemeinsamen Antrag mit der Opposition nicht sehr zielführend, wenn die Regierungskoalition im Text immer wieder die Erfolge der Landesregierung lobe; dies gelte unabhängig davon, wer denn nun gerade die Regierung stelle und wer sich in der Opposition befinde. Insofern sei es Schwarz-Gelb von vornherein wohl nicht ernst mit einem gemeinsamen Antrag gewesen.

Klaus Vossemer (CDU) widerspricht, hätte es rot-grüne Erfolge gegeben, hätte die damalige CDU-Opposition diese in einem gemeinsamen Antrag auch mitgetragen.

Dass es den Grünen auch um Wahlkampf gehe, habe Arndt Klocke in einer früheren Sitzung des Verkehrsausschusses selbst klargemacht. Schwarz-Gelb als den Möglichmachern gehe es vornehmlich darum, dass das Projekt, das Rot-Grün nicht habe umsetzen können, nun auch gelinge. Da der Bund als Baulastträger den Radwegebau auch bezahlen müsse, wünsche er sich eine möglichst breite Zustimmung zum Änderungsantrag.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion an.

Sodann nimmt der Ausschuss den so geänderten Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

2 „Sofortprogramm Klimaschutz in Landesverwaltung und Kommunen“ jetzt auf den Weg bringen: Für Wachstum, Beschäftigung und Umwelt

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9349

schriftliche Anhörung des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
Stellungnahme 17/2862
Stellungnahme 17/2869
Stellungnahme 17/2876
Stellungnahme 17/2877
Stellungnahme 17/2880
Stellungnahme 17/2883
Stellungnahme 17/2890
Stellungnahme 17/2902

(Der Antrag wurde nach Beratung am 29.05.2020 einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Verkehrsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Arndt Klocke (GRÜNE) stellt fest, es sei in den letzten Jahrzehnten nicht gelungen, den Ausstoß klimaschädlicher Gase im Verkehr zu reduzieren, der stattdessen sogar weiter anwachse. Zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele sowie der weitgehenden Klimaschutzziele 2030 brauche es nun umfangreiche Maßnahmen, weshalb seine Fraktion die Erhöhung der nordrhein-westfälischen Nahverkehrspauschale sowie ein Investitionsprogramm für Schlüsselprojekte im Radwegebau mit zusätzlichen 100 Millionen Euro in der mittelfristigen Finanzplanung, ein Modernisierungsprogramm für den Fuhrpark der öffentlichen Hand sowie ein Modernisierungsprogramm für die kommunale IT-Infrastruktur vorschlage.

Diese Forderungen würden in zahlreichen Stellungnahmen unterstützt. Neben denjenigen, die den Treibhauseffekt grundsätzlich infrage stellten, sähen nur die von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Familienunternehmer den Antrag an diesen Stellen kritisch.

Carsten Löcker (SPD) spricht von einem breiten Ansatz im Antrag und stellt Gemeinsamkeiten mit dem Konjunkturpaket seiner Fraktion fest, die allerdings auch die Arbeitnehmer in den Blick nehme. Es brauche einen möglichst breiten Konsens für die großen Ziele in Nordrhein-Westfalen.

Klaus Vossemer (CDU) betont, auch seine Fraktion wünsche sich eine breitere Aufstellung. Selbstverständlich müssten Verkehr und Mobilität zukünftig einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wofür sich die Landesregierung ganz wesentlich bemühe wie etwa durch den Ausbau von Radwegen, sodass der Haushalt für dieses Jahr mehr Mittel für den Radwegebau vorsehe als jemals zuvor, nämlich für den Ausbau des Radwegenetzes an Landesstraßen 12,4 Millionen Euro, rund 17 Millionen Euro für den kommunalen Radwegebau, knapp 10 Millionen Euro für den Rad-schnellwegebau sowie 8,5 Millionen Euro für den Radwegebau an Bundesstraßen.

Darüber hinaus habe der Landtag bereits vor der Sommerpause das Sonderprogramm für Erhaltungsinvestitionen in die kommunale Infrastruktur, Straßen und Radwege mit 50 Millionen Euro beschlossen, mit dem man insbesondere Deckensanierungs- und sonstige schnell umzusetzende Maßnahmen an kommunalen Straßen befördern wolle, wovon der Radwegebau profitiere, sodass sich damit die Umsetzung der Maßnahmen beschleunige.

Nic Peter Vogel (AfD) räumt ein, zwar enthalte der Antrag Forderungen, die er gut mittragen könnte, lasse allerdings die Gegenfinanzierung völlig außer Acht.

Der Mensch nehme Einfluss auf das Klima, und es gehe durchaus darum, darüber nachzudenken, wie man seinen Kindern und Enkelkindern einen lebenswerten Planeten hinterlassen könne. Allerdings bewerte seine Partei die Naturwissenschaften und die wissenschaftlichen Studien nicht ideologiegetrieben.

Die Stärkung der heimischen Wirtschaft durch den Antrag vermöge er nicht zu erkennen und fasst zusammen, es handele sich um ein Wunschkonzert, aber nicht um seriöse Politik.

Den Versuch, die Folgen der Coronakrise zu bewältigen, unterstütze seine Fraktion ausdrücklich, unterstreicht **Bodo Middeldorf (FDP)**; insofern brauche man eine breite Diskussion darüber, mit welchen Instrumenten man die negativen Auswirkungen der Coronapandemie bewältigen könne. Die Ideen der Grünen im Antrag könnten dabei zwar durchaus einen Ansatz darstellen; allerdings dürfe man sich dabei nicht nur auf den Klimaschutz beschränken.

Die Landesregierung tue nicht nur beim Radwegebau, sondern beispielsweise auch bei der Elektromobilität viel mehr als alle Landesregierungen zuvor, denn zum einen dürfe Nordrhein-Westfalen nicht den Anschluss als Wirtschaftsstandort verlieren, und zum anderen müsse man auch in den Innenstädten einen wesentlichen Beitrag zur Luftreinhaltung leisten. Insofern gelte es, auch diese Maßnahmen in den großen Kontext eines Programms zur Bewältigung der Coronakrise einzubauen, wobei man sich aber nicht darauf beschränken dürfe.

Schwarz-Gelb werde den ÖPNV stärken, den man vor allen Dingen attraktiver machen müsse, der während der Coronakrise nur eine Auslastung von 50 % ausweise. Dazu könne man nicht auf die gewohnten Konzepte und Systeme der Vergangenheit zurückgreifen, sondern es brauche einen neuen, komfortablen, energieeffizienten, aber auch kostensparenden ÖPNV, wofür die Landesregierung die Weichen stelle.

Arndt Klocke (GRÜNE) widerspricht Bodo Middeldorf, die Landesregierung unterstütze Elektromobilität nicht so vorzüglich und fruchtbar, wie er es darstelle, wie sich beispielsweise aus Gesprächen mit Professor Dr. Schuh von e.GO aus Aachen ergebe.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

3 Freispruch für den Diesel – Die Corona-Pandemie offenbart eklatante Fehler bei der Beurteilung der Schadstoffbelastung durch Stickstoffdioxid

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9804

(Der Antrag wurde nach Beratung am 26.06.2020 mit großer Mehrheit gegen vier Stimmen bei zwei Enthaltungen an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend – sowie an den Verkehrsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Nic Peter Vogel (AfD) bezeichnet Elektromobilität als Greenwashing, wenn er an Kobalt aus Afrika, Lithium aus Südamerika und die seltenen Erden aus China denke, weil es dabei zu unglaublichen Umweltzerstörungen komme, damit man sich in Deutschland der Illusion sauberer Innenstädte hingeben könne.

Die EU-Grenzwerte für die Luftreinhalte halte er für zu gering. Darüber hinaus würden die Messstationen in Deutschland im europäischen Vergleich an den ungünstigsten Standorten aufgestellt. Zwar komme der TÜV zu keinen Beanstandungen, teilweise allerdings per Ferndiagnose, wie man der „FAZ“ entnehme.

Noch vor einigen Jahren habe Politik den Bürgern den Diesel als umweltfreundlich verkauft; nun gelte er als global schädlich. Dieselfahrzeuge würden aber noch lange auf diesem Planeten fahren, denn ältere Diesel in Polen und Weißrussland zum Beispiel würden nach Afrika verkauft. Insofern helfe es mit Blick auf das Ganze wenig, in den Innenstädten hier scheinbar bessere Werte zu messen.

Trotz um bis zu 70 % gesunkenen Verkehrsaufkommens in den Innenstädten während der Coronakrise hätten sich die Luftmesswerte nahezu nicht verändert, sodass es wohl nicht immer am Dieselautoverkehr liege. Maßnahmen wie Umweltpuren führten zu stockendem Verkehr, aber nicht zu besseren Messwerten.

Carsten Löcker (SPD) spricht von einer monatelangen öffentlichen diffamierenden Kampagne der AfD gegen Institutionen und Parteien, denn nicht die Politik sei für die Situation verantwortlich, sondern die Automobilhersteller, die es mit ihren angegebenen Grenzwerten in den letzten Jahren nicht so genau genommen hätten. Tatsächlich versuche die Politik nun, Lösungen zu finden, und zeige insbesondere für die Verbrennungsmotoren im Individualverkehr einen Weg auf, um in den nächsten Jahren Entwicklungen einzuleiten, die es erlaubten, aus der Krise herauszukommen.

Die AfD-Fraktion hingegen führe auch heute wieder eine rückwärtsgewandte Diskussion über Grenzwerte. Es gehe nicht darum, den Diesel von heute auf morgen abzuschaffen, was sicher noch viele Jahre brauchen werde. Trotzdem müsse es aber zu einem Umbau kommen.

Bodo Middeldorf (FDP) bezeichnet es als absolute Verdrehung der Tatsachen, von einer Dieselhysterie zu sprechen; habe doch schließlich der Volkswagenkonzern erwiesenermaßen durch die Manipulation seiner Motoren die Dieselkrise verursacht und damit dem Diesel geschadet.

Er widerspricht Nic Peter Vogel, weder Lithium noch Kobalt würden ausschließlich durch Kinderarbeit gefördert, weil es andernfalls nämlich überhaupt nicht möglich wäre, auch nur ein einziges Elektroauto auf den Markt zu bringen. Wenn es auch teilweise negative Folgen des Abbaus gebe, so seien diese doch bei Weitem nicht so gravierend, wie es die AfD-Fraktion immer versuche aufzuzeigen. Auf der anderen Seite müsse man auch die Folgen der Rohölgewinnung und seiner Weiterverarbeitung berücksichtigen.

Auch seine Fraktion sei zunächst über die Auswertung der Messwerte verwundert gewesen. Nach heutigem Kenntnisstand handele es sich allerdings um hochkomplexe Messverfahren, sodass man auch Messergebnisse etwa der Umgebungsluft einbeziehen müsse, was zu differenzierteren Ergebnissen führe, sodass man sie nicht so eindeutig interpretieren könne wie die AfD-Fraktion.

Über die EU-Grenzwerte habe man zum ersten Mal vor 15 Jahren diskutiert. Nun nach dieser langen Zeit zu fordern, die Grenzwerte zu verändern, bezeichnet er als „politischen Irrsinn und politischen Unfug“, zumal das entsprechende Verfahren bis zu fünf Jahren dauern könnte und damit keine kurzfristige Lösung darstellen würde.

Schwarz-Gelb habe von Anfang an Fahrverbote verhindern und zugleich die Grenzwerte einhalten wollen, was auch geglückt sei. Damit biete man den Menschen eine echte Lösung an.

Klaus Vossemer (CDU) schließt sich Bodo Middeldorf an. Die AfD-Fraktion hole ihre bereits diskutierten und abgelehnten Anträge wieder hervor. Schwarz-Gelb habe Fahrverbote in Nordrhein-Westfalen verhindert. Eine Grenzwertdiskussion halte er auch deshalb nicht für zielführend, weil man nicht einfach die Spielregeln verändern könne, wenn das Spiel verloren zu gehen drohe. Die Grenzwerte würden in Nordrhein-Westfalen eingehalten, und die Luftqualität bessere sich. Die Überprüfung der Standorte der Messstellen durch den TÜV ergebe die ganz überwiegend korrekte kleinräumige und großräumige Verteilung.

Nunmehr könne man von einem Erfolg sprechen, und zwar nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Mobilität in den Kommunen, die Ideen entwickelt hätten. In einem starken Land würden starke Kommunen und eine starke Landesregierung unterschiedliche Ansätze ausprobieren, um am Ende gemeinsam zum Erfolg zu kommen. Dabei sei von Anfang an unbestritten, dass die Bestimmung der Luftbelastung auch von anderen Faktoren abhängt, sodass die AfD-Fraktion erneut zu kurz springe, wenn sie auf die Coronakrise abstelle. Selbstverständlich werde Schwarz-Gelb die Entwicklung weiterhin im Auge behalten und auch weiterhin an einer besseren Luftqualität in den Innenstädten arbeiten.

Die renommierte Leopoldina müsse die AfD-Fraktion schon richtig zitieren, denn es heiße auch:

„Auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Fortschritte bei der Luftreinhaltung erzielt. Dies stimmt optimistisch, dass weitere Verbesserungen erreichbar sind. Jetzt gilt es, eine hohe Luftqualität mit mehr Klimaschutz und nachhaltigem Wohlstand zu verbinden und dafür die Weichen zu stellen.“

Arndt Klocke (GRÜNE) schließt sich Bodo Middeldorf und Klaus Vossemer an, der Antrag sei völlig überholt und koste nur die Zeit der Abgeordneten im Plenum und in den Ausschüssen. Vermutlich lasse die AfD-Fraktion die Debatten mitschneiden, um damit die sozialen Netzwerke bedienen und Stimmung im Land machen zu können, denn dabei handele es sich um die Art der AfD, Politik zu machen. Dabei werde er sie nicht unterstützen, sondern bezeichne den Antrag als „lächerlich und albern“.

Nic Peter Vogel (AfD) bezeichnet das reduzierte Verkehrsaufkommen durch die Coronakrise als größten Feldversuch in der Geschichte des Automobils. Die Aufgabe der Opposition bestehe auch darin, Sachverhalte neu zu bewerten und ruhig und sachlich darüber zu diskutieren. Daher habe sich Arndt Klocke damit selbstverständlich auseinandersetzen, denn schließlich befinde man sich in einem Parlament und müsse die Meinung des anderen bewerten, auch wenn man sie nicht teile.

Natürlich verursache auch die Ölgewinnung Umweltverschmutzung. Auch habe er nie behauptet, Lithium und Kobalt würde ausschließlich durch Kinder in Afrika gefördert, obwohl dies durchaus geschehe. Er spricht sich für eine globale Betrachtung aus, denn Elektromobilität sei eben nicht zu 100 % sauber, sondern habe auch negative Auswirkungen.

Bislang könne Wasserstoff auch mit Blick auf die Kosten leider noch nicht effektiv eingesetzt werden; gleichwohl dürfe man nicht alle negativen Aspekte der Elektromobilität ausblenden, nur weil Politik nach 15 Jahren keine Fehler eingestehen und sich auch nur einen Deut weit bewegen wolle.

Zudem führe die einseitige Festlegung auf Elektromobilität zu einer unglaublichen Abhängigkeit von China, was er mit Blick auf die durcheinandergeratene Geopolitik für gefährlich halte.

Die Deutsche Umwelthilfe bezeichne er abschließend als kleinen Abmahnverein, der die Politik am Nasenring führe und den Städten permanent Klagen androhe, wenn die Messwerte ein bisschen überschritten würden. Mittlerweile werde nun wenigstens zugestanden, dass die Messstationen Irritationen unterlägen wie beispielsweise Müll, Schiffen, Saharawinden oder Vulkanausbrüchen.

Wenn sich an der Faktenlage bzw. an der vermeintlichen Faktenlage etwas ändere, müsse man darüber reden, dürfe aber keinesfalls die Diskussion verweigern, weil man sich schließlich in einer Demokratie befinde.

Olaf Lehne (CDU) stellt fest, die AfD-Fraktion versuche, Weltprobleme im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu lösen. Seine Fraktion hingegen wolle die Probleme des

Landes nach den europäischen, den Bundes- und den nordrhein-westfälischen Gesetzen lösen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

4 „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrssteuer abschaffen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9042

schriftliche Stellungnahme des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
Stellungnahme 17/2854
Stellungnahme 17/2855
Stellungnahme 17/2861
Stellungnahme 17/2865

(Der Antrag wurde nach Beratung am 30.04.2020 einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend – sowie an den Verkehrsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Nic Peter Vogel (AfD) sieht die Luftfahrtunternehmen von der Coronakrise stark betroffen, sodass man die Luftverkehrssteuer aussetzen sollte.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

5 Entwicklung des Azubitickets seit Einführung im August 2019 *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3687

Carsten Löcker (SPD) unterstreicht, mit dem Azubiticket habe man Anreize für ein anderes Verhalten zur Erreichung der Verkehrswende schaffen wollen, sodass man die Nutzerquote von nur 13 % hinterfragen und dabei auch den mit den Verkehrsverbänden ausgehandelten Preis von 80 Euro in den Blick nehmen müsse, den es möglicherweise zu subventionieren gelte, damit der Umstieg der Auszubildenden auch tatsächlich zu einem spürbaren Beitrag zur Verkehrswende führe.

Arndt Klocke (GRÜNE) weist darauf hin, ausweislich des Berichts spreche man nicht von 13 %, sondern von 5,4 %, was er für sehr überschaubar halte. Er fragt die Landesregierung, ob sie senkend auf den Preis einwirken könne, denn das etwa in Hessen sehr erfolgreiche Azubiticket an sich halte er für sehr sinnvoll.

Klaus Vossemer (CDU) betont, beim Azubiticket handele sich um die Umsetzung einer Vereinbarung aus dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag; bei der SPD bzw. Rot-Grün hingegen habe es überhaupt keine entsprechenden Ansätze gegeben.

Man müsse auch berücksichtigen, dass es in Teilen des Landes bereits Azubitickets gegeben habe, sodass man hier ausschließlich über das zusätzliche landesweite Azubiticket über die Verbundgrenzen hinaus und damit durchaus von einem guten Erfolg spreche, denn 15.800 junge Menschen würden nun das Auto stehen lassen und nutzen stattdessen den ÖPNV. Jeden Beitrag hin zu klimagerechter Mobilität halte er für gut und richtig.

Insbesondere die Preisverhandlungen mit den Verkehrsverbänden gestalteten sich nicht immer sehr einfach, sodass es sich bei den 80 Euro um einen sehr guten Preis und einen Verhandlungserfolg des Verkehrsministers handele.

Er spricht sich dafür aus, nicht nur die Zahlen aus dem Frühjahr dieses Jahres, sondern die weitere Entwicklung im Blick zu behalten, um erforderlichenfalls nachzusteuern.

Minister Hendrik Wüst (VM) erläutert, neben den in fast allen nordrhein-westfälischen Städten und Kreisen existierenden örtlichen Azubitickets und den ebenfalls bereits bestehenden verbundweiten Azubitickets nutzten nun 16.000 junge Menschen das Upgrade für 20 Euro, um durchs ganze Land zu fahren.

Damit handele es sich um einen größeren Erfolg, als prognostiziert und auch politisch erwartet, denn Auszubildende lebten in der Regel zu Hause oder zumindest in der Stadt, in der sie die Schule abgeschlossen hätten, und legten nur sehr selten Verbundgrenzen oder kragentarifüberschreitende Ausbildungswege zurück. Deshalb müsse

man für die Einordnung der 16.000 Azubitickets die Zahl der Auszubildenden zugrunde legen, die Wege in einen anderen Verbundraum zurücklegen müssten.

Selbstverständlich sei er für konkrete Verbesserungsvorschläge stets offen und nehme vom Haushaltsgesetzgeber gerne noch weitere Mittel entgegen, um bessere Ticketkonditionen zu verhandeln.

Nic Peter Vogel (AfD) bezeichnet das Azubiticket als „tolle Sache“.

6 Aktuelle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung guter Mobilität in der Corona-Krise *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3715

Carsten Löcker (SPD) bittet für die nächste Verkehrsausschusssitzung um einen Bericht der Landesregierung, wie sie die Erweiterung des Schülerverkehrs angehe, damit die Busse auch tatsächlich nach ihrem Bedarf eingesetzt würden, was er als ambitioniert bezeichnet.

Mit Blick auf die Unterstützung der Flughäfen möchte er wissen, ob bislang überhaupt ein Flughafen vom Kreditangebot des Landes Gebrauch gemacht habe.

Susana dos Santos Herrmann (SPD) fragt nach einer möglichen Neuregelung der Kompetenzen, Bußgelder gegenüber Maskenverweigerern im ÖPNV zu verhängen.

Arndt Klocke (GRÜNE) begrüßt die Bußgeldhöhe für Maskenverweigerer und möchte wissen, wie die Landesregierung Kommunen und Verkehrsunternehmen bei der Kontrolle der Maskenpflicht unterstütze.

Minister Hendrik Wüst (VM) sagt Carsten Löcker zunächst den erbetenen Bericht zur nächsten Ausschusssitzung zu und teilt sodann mit, ein Flughafen habe die Möglichkeit der Haftungsfreistellung über die NRW.BANK in Anspruch genommen.

Anschließend verweist er auf die klare Rechtslage in Bezug auf die Kompetenzen im ÖPNV, bei der es sich nämlich genauso verhalte wie bei der Kontrolle der Fahrscheine: Zwar dürften die Mitarbeiter des Verkehrsunternehmens das in den Beförderungsbedingungen festgelegte erhöhte Fahrtentgelt festsetzen, nicht aber ein Bußgeld. In den letzten Tagen habe es daher vermehrt abgestimmte gemeinsame Kontrollen von Verkehrsunternehmen und örtlichen Ordnungsbehörden gegeben. Ob die örtlichen Ordnungsbehörden in den Verkehrsmitteln mitführen oder aber an den Haltestellen warteten, obliege der Organisation vor Ort.

Im SPNV liege die Zuständigkeit für Bußgelder bei der Bundespolizei, mit der und den kommunalen Spitzenverbänden zusammen die Landesregierung koordiniert habe, was in absehbarer Zeit Erfolg zeitigen werde.

7 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Thomas Nüchel
Vorsitzender

21.09.2020/
23